

## DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 42-43/77

Berlin

26. Oktober 1977

44. Jahrgang

### Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1977

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft  
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Essen:

**Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin**  
(Institut für Konjunkturforschung)

**HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg**

**IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München**

**Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel**

**Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen**

*Abgeschlossen in Berlin am 21. Oktober 1977*

#### Die Lage der Weltwirtschaft

Im Sommerhalbjahr sind die konjunkturellen Auftriebskräfte in nahezu allen westeuropäischen Ländern erlahmt. In den USA hat sich der — zuvor steile — Produktionsanstieg verlangsamt. In den währungsschwachen Ländern wirkten sich die im vergangenen Jahr zum Abbau der Zahlungsbilanzdefizite und der Inflationsraten ergriffenen Restriktionsmaßnahmen aus; in den anderen Volkswirtschaften ließen die wirtschaftspolitischen Impulse nach, ehe es zu einem Prozeß der konjunkturellen Selbstverstärkung kam. Kapazitätsauslastung und Beschäftigung nahmen in Westeuropa wieder ab. Die Arbeitslosigkeit stieg an. Die konjunkturelle Abschwächung schlug sich deutlich in der Einfuhrentwicklung nieder, die Expansion des internationalen Handels kam zum Stillstand. In den währungsschwachen Ländern haben sich mit dem Nachlassen

der Importnachfrage bei teilweise günstiger Exportentwicklung die außenwirtschaftlichen Spannungen vermindert.

#### Verlangsamter Aufschwung in den USA

Der Konjunkturaufschwung in den USA hat sich im Sommerhalbjahr 1977 fortgesetzt; in den letzten Monaten hat jedoch der Expansionsprozeß etwas von seiner Dynamik verloren, die bis zum Frühjahr zu beobachten war. Neben der Verringerung des Lageraufbaus war dafür entscheidend, daß der private Konsum langsamer zunahm. Diese Tempoverminderung war besonders ausgeprägt bei Käufen von dauerhaften Gütern. Dabei hat namentlich die Automobilkonjunktur ihren Höhepunkt offenbar erreicht. Die Sparquote hat sich tendenziell wieder

normalisiert, nachdem sie zu Jahresbeginn — vor allem wohl in Erwartung von Steuerermäßigungen — auf ein überaus niedriges Niveau gesunken war. Auch der Anstieg der realen Wohnungsbauinvestitionen, die zur Jahresmitte immerhin um etwa 25 vH über dem Vorjahrsniveau lagen, hat sich zuletzt verringert.

Diese Faktoren sind jedoch kein Indiz für eine grundlegende Schwächetendenz, sondern lediglich für ein gemächlicheres Tempo der konjunkturellen Expansion. Gestützt wird der Aufschwung vor allem durch den Anstieg der Investitionsneigung auf breiter Front. Bestellungen und Produktion von Ausrüstungsgütern haben weiterhin zugenommen, Umfragen signalisieren eine Revision der Investitionspläne nach oben. Begünstigt wird diese Entwicklung durch eine fortgesetzt deutliche Zunahme der Unternehmensgewinne.

Das Handelsbilanzdefizit, das sich im Winterhalbjahr sprunghaft vergrößert hatte, ist seither langsamer gestiegen. Die Ausfuhren nahmen wegen der Konjunkturschwäche in den meisten übrigen Industrieländern kaum noch zu. Gleichzeitig wurden in den USA auch die Einfuhren nur noch geringfügig erhöht. Dies hing sowohl mit dem verlangsamten Produktionsanstieg zusammen als auch damit, daß die Ölimporte, die zuvor sehr kräftig ausgeweitet worden waren, nach der Jahresmitte sogar abnahmen — nicht zuletzt als Folge der angelaufenen Produktion in Alaska.

Die Arbeitslosenquote ist seit dem Frühjahr nicht mehr zurückgegangen. Die nur noch mäßige Beschäftigungszunahme reichte lediglich aus, das gestiegene Arbeitskräfteangebot zu absorbieren. Die Beruhigung des Preisauftriebs fiel nach den witterungsbedingt hohen Steigerungsraten in den ersten Monaten des Jahres recht deutlich aus: Die Großhandelspreise gingen zeitweise sogar zurück; die Verbraucherpreise stiegen daraufhin merklich langsamer. Sieht man von den Sondereinflüssen ab, die zu Schwankungen der Nahrungsmittelpreise führten, dürfte der laufende Preisanstieg aber immer noch bei etwa 6 vH liegen.

Die Expansion des Geldvolumens ging im Sommer deutlich über die vom Federal Reserve Board angekündigte Bandbreite hinaus. Dennoch kam es zu einem merklichen Zinsanstieg, weil sich das Defizit des Bundeshaushalts erhöhte und die private Kreditnachfrage beschleunigt zunahm. Erst seit kurzem scheint sich die Zentralbank wieder um eine Mäßigung der Geldmengenzunahme zu bemühen, um den Erfolg der auf Inflationsberuhigung und stetiges Wachstum zielenden Politik nicht zu gefährden.

Die Ausgaben des Bundes blieben bis zum Frühjahr deutlich hinter den Ansätzen zurück, der Anstieg

war auch merklich niedriger als das Potentialwachstum. Anscheinend ist diese Zurückhaltung nunmehr aufgegeben worden. Daneben tragen die im Sommer gewährten Steuererleichterungen dazu bei, daß von der Fiskalpolitik insgesamt wieder konjunkturanregende Wirkungen ausgehen.

Für das nächste Jahr läßt vor allem die geplante Zunahme der privaten Investitionen die Fortsetzung des Aufschwungs als weitgehend gesichert erscheinen. Hinzu kommt ein beschleunigter Ausgabenanstieg der Gebietskörperschaften, auch als Folge der bereits angelaufenen Beschäftigungsprogramme. Darüber hinaus sind weitere Steuersenkungen zur Förderung des Verbrauchs und der Investitionen in der Diskussion. Insgesamt ist damit zu rechnen, daß das reale Sozialprodukt im kommenden Jahr um reichlich 4 vH (1977: 5 vH) zunehmen wird. Dabei wird der Auslastungsgrad weiter steigen und die Arbeitslosigkeit leicht zurückgehen. Trotz der insgesamt etwas langsameren Gangart der Konjunktur dürfte sich der laufende Preisanstieg jedoch kaum abschwächen. Die Verbraucherpreise werden sich im Jahresdurchschnitt 1978 vermutlich um etwa 6 vH erhöhen, nach 6,5 vH in diesem Jahr.

#### **Labiler Aufschwung in Japan**

In Japan nahm das reale Sozialprodukt bis zur Jahresmitte noch kräftig zu. Diese Entwicklung ging in erster Linie auf eine forcierte Ausweitung der Staatsausgaben zurück. Zu einem konjunkturellen Selbstverstärkungsprozeß ist es nicht gekommen; die private Inlandsnachfrage blieb weiterhin schwach: Zwar expandiert der private Konsum schon seit Jahresanfang etwas stärker, aber die Erholung der gewerblichen Anlageinvestitionen ist erneut ins Stocken geraten. Die privaten Inlandsaufträge im Maschinenbau sind im zweiten Quartal sogar gesunken. Die Industrieproduktion, die im ersten Halbjahr nahezu stagnierte, hat in den letzten Monaten etwas abgenommen. Dies ist auch darauf zurückzuführen, daß sie nicht mehr in so starkem Maße wie vorher durch die Ausfuhr gestützt wurde. Die reale Einfuhr ist seit dem Frühjahr gesunken. Die Terms of Trade haben sich nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Aufwertung zugunsten Japans verschoben. Die Handelsbilanzüberschüsse sind noch gestiegen. Der Preisauftrieb hat sich im Verlauf des Sommerhalbjahrs verlangsamt.

Im Herbst dürfte sich die Expansion des realen Sozialprodukts wegen der nachlassenden Schubkraft der Staatsausgaben, die zum großen Teil in das Sommerhalbjahr vorgezogen wurden, wieder abgeschwächt haben. Um die Jahreswende werden indessen die öffentliche und private Investitionstätigkeit, speziell auch der Wohnungsbau, von den inzwi-

schen beschlossenen neuen Konjunkturprogrammen wieder Anregungen erhalten. Hinzu kommt voraussichtlich eine verstärkte Expansion des privaten Verbrauchs, da die Realeinkommen vor allem wegen einer weiteren Beruhigung des Preisauftriebs beschleunigt zunehmen. Demgegenüber wird die Ausfuhr vor allem wegen der sich abflachenden Importnachfrage der USA sowie als Folge der aufwertungsbedingten Verschlechterung der Wettbewerbsposition 1978 erheblich langsamer zunehmen als 1977. Sollte die Konjunktur im Verlaufe des nächsten Jahres wieder an Kraft verlieren, so wäre mit zusätzlichen Stützungsmaßnahmen der Regierung zu rechnen. Das reale Sozialprodukt wird mit wiederum 5,5 vH im Jahre 1978 kaum stärker expandieren als in diesem Jahr. Der Preisanstieg wird sich — auch wegen der aufwertungsbedingten Verbilligung der Einfuhr — im Jahresdurchschnitt auf 7 vH ermäßigen, nach 8,5 vH im Jahr 1977.

### **Konjunkturschwäche in Westeuropa**

Im Verlauf des Sommerhalbjahrs 1977 stagnierte die Produktion in den meisten westeuropäischen Ländern; in einigen war sie sogar rückläufig. Insgesamt gingen weder von der Inlands- noch von der Auslandsnachfrage nennenswerte expansive Impulse aus.

Die Nachfrage nach Investitionsgütern hat insgesamt kaum zugenommen. Die Belegung bei den privaten Ausrüstungsinvestitionen ließ in den meisten Ländern wieder nach. Die Wirkungen der zuvor ergriffenen staatlichen Anregungsmaßnahmen reichten nicht aus, die Absatz- und Gewinnerwartungen so zu beeinflussen, daß eine anhaltende Expansion gesichert wurde. Auch haben sich die Finanzierungsbedingungen nur noch wenig verbessert. Der im vergangenen Winterhalbjahr deutliche Zinsabbau dürfte aber dazu beigetragen haben, daß sich die Nachfrage nach Bauleistungen insgesamt, wenn auch auf niedrigem Niveau, stabilisiert hat. Der private Wohnungsbau hat sich teilweise belebt; die öffentliche Hand investierte dagegen nur sehr verhalten.

Der private Verbrauch nahm während der Sommermonate bei kaum gestiegenen realen verfügbaren Einkommen langsamer zu als im Frühjahr. Verschiedentlich, so in Italien und Großbritannien, war er sogar rückläufig. Belegungstendenzen zeigten sich dagegen in der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz, in Österreich und zuletzt auch in Frankreich. Nach wie vor war die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern — vor allem nach Automobilen — lebhaft.

Die Ausfuhren der westeuropäischen Länder haben insgesamt seit dem Frühjahr real nicht mehr zugenommen. Die Entwicklung verlief allerdings recht

differenziert: Der Handel der westeuropäischen Länder untereinander sowie der Absatz in die Staatshandelsländer verringerte sich, während die Exporte in die übrige Welt, vor allem nach Nordamerika, weiterhin zügig stiegen. Die außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten in den Defizitländern — namentlich in Frankreich, Großbritannien und Italien — verminderten sich merklich, vor allem weil die Einfuhr erheblich langsamer zunahm oder sogar rückläufig war; die Wechselkurse der Währungen dieser Länder änderten sich nicht nennenswert, obgleich das Inflationsgefälle noch beträchtlich war. Lediglich die skandinavischen Währungen und die spanische Peseta wurden merklich abgewertet.

Die Arbeitslosigkeit hat sich in fast allen Ländern wieder erhöht. Dies ist eine Folge der ungünstigen Produktionsentwicklung bei weiterhin wachsendem Arbeitskräfteangebot. Besonders stark nahm die Zahl der Erwerbslosen in den Ländern zu, die sich im vergangenen Jahr aus außenwirtschaftlichen Gründen zur Dämpfung der Inlandsnachfrage genötigt sahen. Die in einigen Ländern ergriffenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen — so etwa Beschäftigungsprogramme für Jugendliche — vermochten den Anstieg der Arbeitslosigkeit nur in recht begrenztem Umfang entgegenzuwirken.

Der Preisauftrieb hat sich im Zuge der Konjunkturabkühlung in den Sommermonaten etwas stärker als saisonüblich verlangsamt. Auf der Kostenseite gingen stabilisierende Einflüsse nur von sinkenden Preisen auf den internationalen Rohstoffmärkten aus; dagegen setzte sich der Anstieg der Lohnstückkosten fort. Überwiegend ist bei verlangsamt Lohnauftrieb die Produktivität nicht mehr gestiegen. Unter diesen Umständen ist die Gewinnquote gesunken; eine wichtige Ausnahme bildet Großbritannien, wo der Lohnanstieg durch die bis Jahresmitte verfolgte Einkommenspolitik erheblich gedämpft wurde.

Angesichts der fühlbaren Konjunkturabschwächung und der damit verbundenen Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im Sommerhalbjahr wurde der bis dahin zurückhaltende wirtschaftspolitische Kurs in einigen Ländern vorsichtig korrigiert. Verschiedene Notenbanken ergriffen wieder expansive Maßnahmen und wirkten damit auf eine tendenziell verstärkte Geldmengenexpansion hin; die Zinssätze tendierten im allgemeinen leicht nach unten. Auch von der Finanzpolitik sind in einigen Ländern seit Jahresmitte wieder konjunkturanregende Impulse ausgegangen. Insgesamt waren sie bislang allerdings gering, bemühten sich doch die Regierungen in vielen Ländern, die bisher erzielten Erfolge im außenwirtschaftlichen Bereich, bei der Inflationsbekämpfung und beim Abbau der Haushaltsdefizite nicht aufs Spiel zu setzen.

Die Tendenzen zu einer wieder expansiveren Wirtschaftspolitik werden sich in nächster Zeit allgemein verstärken. Ein Zeichen dafür sind die bereits angekündigten finanzpolitischen Anregungsmaßnahmen vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, in den Niederlanden, Belgien und Großbritannien. Dennoch ist im Jahre 1978 angesichts der schwachen Kapazitätsauslastung und kaum verbesserter Gewinnaussichten nur mit einer geringen Zunahme der Investitionstätigkeit zu rechnen. Etwas stärker dürfte der private Verbrauch expandieren. Auch der Außenhandel, insbesondere der westeuropäischen Länder untereinander, wird sich im Zuge des Produktionsanstiegs wieder intensivieren.

Insgesamt dürfte die Zuwachsrate des realen Sozialprodukts in den westeuropäischen Ländern 1978 mit 2,5 vH nur geringfügig über der des Jahres 1977 (2 vH) liegen. Die Auslastung der technischen Kapazitäten wird sich im allgemeinen nicht verbessern, die Lage auf den Arbeitsmärkten eher noch verschlechtern. Der Druck auf die politischen Instanzen, die Arbeitslosigkeit mit massiven Ankurbelungsprogrammen zu bekämpfen, wird zunehmen. Gleichwohl werden Regierungen und Notenbanken vermutlich zusätzliche Stimulierungsmaßnahmen nur in begrenztem Umfang ergreifen, um nicht eine Beschleunigung der Inflation zu riskieren. Der durchschnittliche Anstieg der Verbraucherpreise dürfte 1978 auf etwa 8 vH zurückgehen, nach 9,5 vH im Jahr 1977.

### **Vorübergehende Stagnation im Welthandel**

Nach der kräftigen Expansion bis Ende 1976 hat sich das Welthandelsvolumen im ersten Halbjahr 1977 nicht weiter erhöht. Die retardierenden Einflüsse gingen vom Abflauen der konjunkturellen Auftriebskräfte in den Industrieländern aus; dabei spielten anscheinend Lagerdispositionen eine wichtige Rolle. So gingen die Ölimporte, die vor der Preisanhebung im Januar 1977 forciert worden waren, wieder zurück. Aber auch bei verarbeiteten Erzeugnissen und Industrierohstoffen stagniert die Importnachfrage offenbar seit dem Frühjahr, da Industrie und Handel wegen der schleppenden Nachfrage- und Produktionsentwicklung eine zurückhaltende Vorratspolitik betreiben.

Die Stagnation im Welthandel dürfte ein vorübergehendes Phänomen — nämlich die Anpassung an ein geringeres konjunkturelles Expansionstempo — gewesen sein. Angesichts der zu erwartenden leichten Nachfragebelebung in den Industrieländern dürfte der Welthandel ab Herbst wieder zunehmen. Das Expansionstempo wird jedoch auch im nächsten Jahr nur mäßig ausfallen. In Westeuropa ist mit einem erneuten Anstieg der Importe zu rechnen;

demgegenüber werden die Einfuhren Nordamerikas langsamer als 1977 zunehmen. Die Nachfrage der OPEC-Länder wird auch im nächsten Jahr erheblich zur Ausweitung des Welthandels beitragen, während die Einfuhren der übrigen Entwicklungsländer und vor allem der Staatshandelsländer wegen ihrer Zahlungsbilanzprobleme vermutlich nur wenig steigen werden. Insgesamt dürfte sich das Welthandelsvolumen im Jahresdurchschnitt 1978 in etwa gleichem Maße wie 1977 (5 bis 6 vH) erhöhen.

### **Rohstoffpreise unter Druck**

Die Notierungen auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe sind seit Frühjahr dieses Jahres im allgemeinen gesunken. Ausschlaggebend dafür waren der gedämpfte Konjunkturverlauf und die damit verbundene langsamere Zunahme des Rohstoffverbrauchs in der westlichen Welt. Angesichts der pessimistischeren Erwartungen halten sich Verarbeiter und Händler mit Rohstoffkäufen zurück. Besonders ausgeprägt war der Preisrückgang bei Zink, Kupfer und Spinnstoffen, bei denen weltweit erhebliche Vorräte vorhanden sind bzw. eine kräftige Produktionszunahme zu erwarten ist. Die Notierungen für Zinn und Naturkautschuk sind demgegenüber gestiegen.

Ein Wandel der Preistendenz auf den Märkten für Industrierohstoffe ist vorerst nicht in Sicht, denn bei der verhaltenen konjunkturellen Entwicklung in den westlichen Industrieländern insgesamt wird auch die Nachfrage nach Industrierohstoffen nur mäßig zunehmen. Im Laufe des Jahres 1978 aber könnten die Preise wieder zu steigen beginnen, schon weil damit zu rechnen ist, daß die Lagerdispositionen der Verarbeiter wieder expansiver sein werden. Auch wird bei einigen Rohstoffen das jetzt noch bestehende Überangebot abgebaut werden, weil die Erzeuger offenbar zu einer restriktiven Produktionspolitik übergehen.

Die Weltmärkte für Nahrungs- und Genußmittel sind überwiegend durch eine kräftige Ausweitung des Angebots und einen Anstieg der Vorräte gekennzeichnet. In Erwartung guter Ernten in der Saison 1977/78 und der Verbesserung der Versorgungslage sind die Notierungen in der letzten Zeit bereits erheblich gesunken. Das Preisniveau für Nahrungsmittel lag im Oktober — gemessen am HWWA-Index auf Dollarbasis — um 23 vH niedriger als im April 1977. Dies ist vor allem auf den scharfen Rückschlag der Notierungen bei Genußmittelrohstoffen und Ölsaaten zurückzuführen. Bei Kaffee und Kakao dürften die Notierungen im Winterhalbjahr 1977/78 weiter nachgeben, während bei Getreide mit einer relativ stabilen Preisentwicklung zu rechnen ist. Insgesamt wird sich das Preisniveau für Nahrungsmit-

telrohstoffe in den nächsten Monaten noch etwas ermäßigen.

### Ausblick

Unter dem Eindruck der ausgeprägten Schwächetendenzen haben die wirtschaftspolitischen Instanzen zahlreicher Länder finanzpolitische Maßnahmen zur Stimulierung von Investitionen und Verbrauch sowie eine expansiver ausgerichtete Geldpolitik beschlossen oder angekündigt. Diese Maßnahmen werden aller Voraussicht nach zu einer erneuten konjunkturellen Belebung führen. Die Gefahr eines Abrutschens in eine weltweite Rezession erscheint somit gegenwärtig als gering. Die Unterschiede im Expansionstempo dürften im nächsten Jahr weniger ausgeprägt sein als in diesem Jahre. In Westeuropa wird die Wachstumsrate 1978 wieder höher, in den USA hingegen geringer sein als in diesem Jahr. Insgesamt wird die Zunahme des realen Brutto-sozialprodukts der westlichen Industrieländer im Durchschnitt des nächsten Jahres mit 3,5 vH aber etwas niedriger ausfallen als 1977.

In Westeuropa dürfte die Belebung zwar den Rückgang der Kapazitätsauslastung aufhalten; sie wird aber nicht ausreichen, um die Beschäftigung zu erhöhen. Die Arbeitslosigkeit wird also bei anhaltender Zunahme des Erwerbstätigenpotentials weiter steigen. In den USA wird jedoch bei bereits deutlich erhöhter Auslastung der Kapazitäten die Beschäftigung noch zunehmen und die Arbeitslosigkeit leicht sinken.

Der Preisanstieg dürfte sich insgesamt in dem inzwischen reduzierten Tempo fortsetzen, wobei die Differenzen von Land zu Land nicht mehr so groß sein werden wie bisher. Im Vorjahrsvergleich vermindert sich der durchschnittliche Anstieg der Verbraucherpreise in den Industrieländern von 8 vH 1977 auf 7 vH 1978.

Die sich abzeichnende ungünstige Arbeitsmarktentwicklung dürfte in einigen Ländern dazu führen, daß zusätzliche expansive Maßnahmen ergriffen werden, zumal der Inflationsdruck und die außenwirtschaftlichen Spannungen nachgelassen haben. Zeitpunkt, Art und Ausmaß solcher Initiativen sind gegenwärtig allerdings nicht abzuschätzen. Sie bleiben deshalb bei der Prognose unberücksichtigt. Infolgedessen könnte die Expansion von Nachfrage

und Produktion 1978 etwas höher ausfallen als hier angegeben.

Aussicht auf eine nachhaltige Erhöhung des Beschäftigungsgrades bietet — nach teilweise ausgeprägten Restriktionsmaßnahmen — nicht der Übergang zu einer überzogenen Expansionspolitik. Vielmehr ist eine Verstetigung der Geld- und Finanzpolitik durch Ausrichtung an der Potentialentwicklung nach wie vor der geeignete Weg. Gemessen an dieser Norm ist die vielfach wieder expansiver angelegte Geld- und Finanzpolitik angebracht. Diese Politik kann nur zum Erfolg führen bei einer anhaltenden Dämpfung der Verteilungskämpfe, zu der ihrerseits die Strategie klarer und verlässlicher Rahmenbedingungen beiträgt. So könnte Vertrauen in eine fortdauernde, von Unternehmensinvestitionen getragene konjunkturelle Aufwärtsentwicklung aufkommen, die die Rückkehr zu einem befriedigenden Auslastungs- und Beschäftigungsgrad einleitet. Angesichts des Ausmaßes der vergangenen Fehlentwicklung kann es sich allerdings nur um einen mittelfristigen Prozeß handeln, zumal dabei in hohem Maße auch strukturelle Probleme zu bewältigen sind.

Eine nachhaltige Verbesserung der Weltkonjunktur kann nur dann erwartet werden, wenn die Anwendung der Grundsätze einer potentialorientierten Politik nicht auf einige wenige Länder beschränkt bleibt. Dies würde auch Aussichten auf stabilere Wechselkursrelationen eröffnen. Soweit Preis- und Kostendisparitäten weiterhin bestehen, müssen dadurch bedingte Wechselkursänderungen hingenommen werden.

Handelsprotektionismus ist demgegenüber kein Ausweg aus dem Dilemma von hoher Arbeitslosigkeit und Zahlungsbilanzschwierigkeiten. Von derartigen Maßnahmen ist zwar in der nächsten Zukunft noch keine quantitativ ins Gewicht fallende Beeinträchtigung des Welthandels zu erwarten. Aber allein die sich abzeichnende Verstärkung dieser Entwicklung ist unerwünscht, weil sie den Produktivitätsanstieg hemmt, den Kosten- und Preisauftrieb fördert und die Unternehmererwartungen in den Exportindustrien dämpft. Die von den Protektionisten angestrebte Erhaltung von Arbeitsplätzen in „importgeschädigten“ Bereichen geht dann mit Arbeitsplatzverlusten in anderen Bereichen einher, die bei einer Ausbreitung dieser Tendenzen bald das Übergewicht erlangen würden.

## Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland ist das wirtschaftliche Wachstum im Frühjahr zum Stillstand gekommen. Die Beschäftigung ging zurück, und die Arbeitslosigkeit begann wieder zu steigen. Der Preisauftrieb ließ weiter nach; da aber der Anstieg der Lohnstückkosten stark blieb, vollzog sich die Minderung des Preisauftriebs weitgehend zu Lasten der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Hemmend auf das Wachstum wirkten zunächst vor allem die Investitionen und später auch die Ausfuhr.

Unter dem Eindruck der Nachfrageschwäche hat die Bundesregierung weitere konjunkturpolitische Maßnahmen beschlossen. Die Bundesbank ließ eine leicht über die Zielmarke hinausgehende Expansion der Zentralbankgeldmenge zu.

### Kaum noch Impulse aus dem Ausland

Die Anregungen aus dem Ausland, die im vergangenen Jahr die wirtschaftliche Entwicklung beträchtlich gefördert hatten, ließen in den letzten Monaten mit dem Erlahmen der konjunkturellen Erholung in nahezu allen westlichen Industrieländern stark nach. Die Aufträge aus dem Ausland nahmen dem Volumen nach eher ab, die Warenexporte kaum noch zu.

Die Ausfuhr in die Länder der Europäischen Gemeinschaft ging zurück, die nach Italien und Frankreich sogar erheblich. Außerdem schränkten die Staatshandelsländer ihre Bezüge aus der Bundesrepublik nochmals ein. Die Ausfuhren in die anderen westlichen Industrieländer nahmen weiter, wenn auch nur wenig zu. Nach den USA stiegen sie kräftig. Das gleiche gilt für die Exporte in die Erdölländer. In beiden Fällen waren sie in den ersten acht Monaten des Jahres um fast ein Viertel höher als vor einem Jahr.

Von der Nachfrageschwäche im Ausland wurden zunächst vornehmlich die Lieferungen von Investitions- und Verbrauchsgütern betroffen. In den letzten Monaten expandierten auch die Exporte von Grundstoffen und Produktionsgütern kaum noch. Der Spielraum für Preiserhöhungen war allgemein gering, zumal der Außenwert der D-Mark stieg.

### Finanzpolitik zwischen Konsolidierung und verstärkter Expansion

Das im März beschlossene mehrjährige Investitionsprogramm zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge scheint zu einer Wende bei der Vergabe von Aufträgen für öffentliche Bauten geführt zu haben. In den Ausgaben zeigt sich dies allerdings noch nicht. Sie blieben sogar noch unter den niedri-

gen Haushaltsansätzen, die im vergangenen Jahr — in der Erwartung eines sich rasch entfaltenden Konjunkturaufschwungs — auf die weitere Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ausgerichtet worden waren. Besonders gilt dies für die Investitionen; dabei mag auch eine Rolle gespielt haben, daß die Durchführung von Vorhaben, insbesondere im Straßenbau, durch Einsprüche von Bürgern verzögert wurde. Real nahmen Bund, Länder und Gemeinden im bisherigen Verlauf des Jahres nur etwa ebenso viele Güter und Dienste in Anspruch wie vor einem Jahr; bei den Bruttoanlageinvestitionen für sich gesehen waren es sogar etwas weniger.

Die öffentlichen Einnahmen sind dagegen kräftig gestiegen, allen voran die Steuern vom Einkommen. Dies beruht zum Teil auf hohen Abschlußzahlungen für frühere Veranlagungszeiträume und Anpassungen der Vorauszahlungen an die im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren günstigere Entwicklung der Gewinne im Jahre 1976 sowie an die erhöhten Sätze der Körperschaftsteuer. Das Aufkommen aus der Lohnsteuer stieg ebenfalls stark; die Aufkommenselastizität war deutlich höher als vor der Steuerreform.

Der Anstieg der Steuereinnahmen trug erheblich dazu bei, daß das Finanzierungsdefizit des Staates im ersten Halbjahr 1977 mit 15 Mrd. DM um fast ein Drittel niedriger ausfiel als in der entsprechenden Vorjahreszeit.

### Unstete Expansion des privaten Verbrauchs

Obwohl zu Beginn des Jahres vermögenswirksam festgelegte Mittel in erheblichem Umfang frei geworden waren, nahm der private Verbrauch bis zur Jahresmitte nur wenig rascher zu als das verfügbare Einkommen. Die in den letzten Monaten höheren Umsätze im Einzelhandel, die steigende Nachfrage der privaten Haushalte nach Krediten und die Meldungen von den Konsumgütermessen sprechen indessen dafür, daß sich die Verbrauchsneigung der privaten Haushalte nach der Jahresmitte spürbar belebt hat. Anstöße dazu kamen vermutlich auch von den vermögenswirksam angelegten Spareinlagen, die Mitte des Jahres frei geworden sind. Dabei wendet sich die Nachfrage, nachdem sich die Käufe von Kraftfahrzeugen nicht mehr verstärken, Hausrat- und Möbeln sowie Reisen zu.

### Stagnierende Ausrüstungsinvestitionen

Die Bestellungen von Ausrüstungsgütern, besonders von Maschinen, sanken zu Beginn des Jahres deutlich und haben sich seither noch nicht wieder

erholt. Hierin spiegeln sich die ungünstigen, durch die Nachfrageschwäche und die steigenden Kosten gedämpften, Ertragerwartungen der Unternehmen wider. Belastend wirkt wohl auch die Unsicherheit über die mittelfristige wirtschaftliche und wirtschafts-politische Entwicklung.

Die realen Ausrüstungsinvestitionen stagnieren seit dem Frühjahr. Entsprechend gering sind die Möglichkeiten der Investitionsgüterproduzenten, Kostensteigerungen in den Preisen weiterzugeben.

### **Bauinvestitionen noch von früheren Programmen gestützt**

Die Bauinvestitionen wurden bis zum Sommer von den Maßnahmen gestützt, mit denen Wirtschafts- und Wohnbauten gefördert wurden, soweit sie bis Mitte des Jahres fertiggestellt waren. Danach fiel die Produktion vermutlich zurück. Die öffentlichen Bauinvestitionen waren bis zuletzt rückläufig.

Die Aufträge für Wohnbauten und gewerbliche Gebäude steigen nur langsam aus dem Tief, in das sie nach dem Auftragsschub geraten waren, der durch die konjunkturpolitischen Maßnahmen vom Herbst 1975 ausgelöst worden war. Recht deutlich nehmen jedoch die Aufträge zum Bau von Eigenheimen zu. Zudem haben öffentliche Stellen mehr Aufträge als zuvor vergeben.

### **Einfuhr im Zeichen der Konjunkturschwäche**

Die Einfuhr von Waren hatte auf die konjunkturelle Abschwächung in der Bundesrepublik zunächst zu stark, nämlich mit einem Rückgang reagiert. Entsprechend hat sie sich in den letzten Monaten aber wieder erholt. Beides trifft besonders für den Import von Verbrauchsgütern sowie von Rohstoffen und Halbwaren zu. Die Bezüge von Investitionsgütern haben stagniert.

Der Überschuß im Warenverkehr mit dem Ausland hatte sich seit Beginn des Jahres deutlich erhöht. Nach der Jahresmitte kehrte sich diese Entwicklung zunächst um.

### **Stockende Produktion — stiegende Arbeitslosigkeit**

Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm in den Sommermonaten kaum noch zu. In der ersten Hälfte dieses Jahres war sie nur um 3 vH höher als vor einem Jahr. Die Auslastung der technischen Produktionskapazitäten sank, und der Anstieg der Beschäftigung wurde von einem Rückgang abgelöst.

Dieser Rückgang vollzog sich nicht nur über Kurzarbeit und Kürzungen von Überstunden und Sonderschichten — seit Mai ist die Zahl der Kurzarbeiter deutlich größer als vor einem Jahr —, sondern auch

über eine Verminderung der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer. Die Kurzarbeit häufte sich vor allem im Bergbau, erfaßte dann aber immer stärker das Verarbeitende Gewerbe. Die Verminderung der Beschäftigtenzahl konzentrierte sich auf Industrie und Bauwirtschaft. Auch bei der Bundespost, der Bundesbahn und im Handel ging die Beschäftigtenzahl zurück. Erhöht hat sie sich dagegen im Ausbaugewerbe, in einigen Dienstleistungsbereichen sowie beim Staat.

Die Zahl der Arbeitslosen nimmt — saisonbereinigt — seit dem Frühjahr wieder zu; sie ist seit Juni höher als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote hielt sich in einer Größenordnung von 4 1/2 vH. Zwar sind auch zuletzt noch ausländische Arbeitslose in ihre Heimatländer zurückgekehrt, doch hat sich dieser Strom weiter abgeschwächt.

### **Nachfragemangel begrenzt Preisauftrieb**

Die Nachfrageschwäche hielt den Preisauftrieb in engen Grenzen. Die Preise von gewerblichen Erzeugnissen stiegen nur wenig, die von Grundstoffen und Produktionsgütern gaben dabei sogar nach. Diese Entwicklung beruhte nicht zuletzt auf dem Rückgang der Weltmarktpreise sowie der anhaltenden Erhöhung des Außenwertes der D-Mark.

Auch auf den verbrauchsnahen Märkten schwächte sich der Preisanstieg ab; die Lebenshaltung der privaten Haushalte verteuerte sich in den letzten Monaten mit einer laufenden Jahresrate von 3,5 vH. Die Abflachung des Anstiegs beschränkte sich nicht allein auf Nahrungsmittelpreise und Mieten, sondern betraf auch die Preise gewerblicher Waren.

### **Zinssenkung auf breiter Front**

Seit dem Frühjahr sind die Zinsen auf allen Kreditmärkten — wenn auch in unterschiedlichem Tempo — gesunken. Auf dem Kapitalmarkt werden erstmals seit fast einem Jahrzehnt wieder Sechsprozenter emittiert. Zudem haben sich die Laufzeiten verlängert.

Die Gründe für diese Entwicklung liegen sowohl bei der Nachfrage als auch beim Angebot. Obwohl sich die Nachfrage nach Krediten für den Bau von Eigenheimen und für den Kauf von langlebigen Gebrauchsgütern belebte, blieb wegen der geringen Verschuldungsneigung der Unternehmen und des verringerten Kreditbedarfs des Staates die gesamte Nachfrage vergleichsweise gering. Auf der anderen Seite erhöhte sich die Bereitschaft der Kapitalanleger, die Mittel langfristig zu einem niedrigeren Zins als bisher anzulegen. Offenbar wird das Risiko von inflationsbedingten Zinssteigerungen und damit verbundenen Kursverlusten nicht mehr als hoch ein-

geschätzt. Außerdem ergriff die Bundesbank expansive Maßnahmen: Sie setzte den Lombardsatz herab, gab Mindestreserven frei, gewährte den Banken befristete Lombardkredite, erwarb außerhalb der Rediskontkontingente Wechsel mit Rücknahmeverpflichtung und erweiterte schließlich die Rediskontkontingente. Die freien Reserven der Banken erhöhten sich von April bis September um 6 Mrd. DM auf mehr als 11 Mrd. DM.

Die Expansion des Geldvolumens in der Abgrenzung von Bargeld und Sichteinlagen ( $M_1$ ), die zuvor deutlich nachgelassen hatte, hat sich in den letzten Monaten ebenso wie die Zunahme der Zentralbankgeldmenge etwas verstärkt, allerdings zum Teil aufgrund von Sondereinflüssen (Umwandlung von frei gewordenen Prämienspargeldern in Sichteinlagen und Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist). Das von der Bundesbank gesetzte Ziel, die Zentralbankgeldmenge im Jahresdurchschnitt 1977 um 8 vH steigen zu lassen, wird überschritten werden.

### Ausblick

Die Stagnation der Produktion in den Sommermonaten und die eher rückläufige Nachfrage werfen die Frage auf, ob die zwei Jahre dauernde konjunkturelle Erholung in der Bundesrepublik Deutschland von einem länger anhaltenden Abschwung abgelöst worden ist.

Dies kann mit einer gewissen Sicherheit ausgeschlossen werden. Für diese Einschätzung spricht, daß in der Bundesrepublik bereits gegensteuernde Maßnahmen der Finanz- und Geldpolitik eingeleitet wurden. Hinzu kommt, daß in den Vereinigten Staaten der Aufschwung auf breiter Front vorangeht und in wichtigen europäischen Partnerländern der Abschwung wohl abgefangen wird. Zudem ist die wirtschaftliche Entwicklung, anders als 1974, nicht mit externen Schocks belastet; auch ist nicht mit einem ausgeprägten Fehlverhalten der Unternehmer und Gewerkschaften bei der Preis- und Lohnsetzung zu rechnen, das damals mitverantwortlich für die tiefe Rezession war.

Auf der anderen Seite ist aber eine rasche und kräftige Erholung der Wirtschaftstätigkeit wenig wahrscheinlich. Zu groß sind noch immer die Unsicherheiten über die Ertragschancen von Sachinvestitionen. Dies gilt um so mehr, als mit der ungünstigen konjunkturellen Entwicklung die Kostenbelastungen für die Unternehmen wieder deutlich gestiegen sind. Zudem gibt es noch immer politische und institutionelle Hemmnisse, die der vollen Wirksamkeit von Anregungsprogrammen der Bundesregierung entgegenstehen. Bei alledem ist es wohl verfehlt, auf eine baldige und deutliche Erhöhung der Investitionsneigung zu hoffen.

Im einzelnen wurden der Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vor allem die folgenden Annahmen zugrunde gelegt:

- Die Abschwungstendenzen in vielen westlichen Industrieländern werden sich unter dem Einfluß expansiver wirtschaftspolitischer Maßnahmen nicht fortsetzen. Der Welthandel wird 1978 real um 5 bis 6 vH zunehmen.
- Steuerliche Erleichterungen werden in dem Umfange wirksam, wie sie am 6. Oktober 1977 vom Deutschen Bundestag beschlossen worden sind.
- Die Ausgaben der Gebietskörperschaften steigen entsprechend den höheren Haushaltsansätzen und dem Programm für Zukunftsinvestitionen verstärkt.
- Die Geldpolitik setzt ihren Kurs ohne Bruch fort.
- Die Lohnabschlüsse fallen angesichts der anhaltend ungünstigen Lage am Arbeitsmarkt und einer weiterhin stabilitätsorientierten Geldpolitik etwas niedriger aus als vor einem Jahr.

### Zögernder Exportanstieg

Die weiterhin verhaltene Konjunktorentwicklung in den meisten westlichen Industrieländern läßt zunächst eine nur schwache Zunahme der Exporte erwarten. Diese wird hauptsächlich von der Ausfuhr in die OPEC-Länder und die USA getragen werden. Die in zahlreichen westeuropäischen Ländern ergriffenen und angekündigten Expansionsmaßnahmen werden erst allmählich zu verstärkten Importen von deutschen Produkten führen. Die Staatshandelsländer werden, nachdem sie erhebliche Fortschritte bei der Konsolidierung ihrer Schuldnerposition gemacht haben, ihre Nachfrage wieder erhöhen. Auch die Ausfuhr in die Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder) wird aufgrund der verbesserten Erlössituation und günstiger Kreditfazilitäten eher zunehmen. Da jedoch die Investitionskonjunktur in den europäischen Ländern zumeist schwach bleibt, wird man die Erholung der Nachfrage nach deutschen Waren nicht hoch ansetzen dürfen. Die Warenausfuhr wird daher wohl nur im Ausmaß der Welthandelszunahme steigen.

### Finanzpolitik gibt neue Anstöße

Die staatliche Einnahme- und Ausgabenpolitik wird seit einigen Monaten mehr und mehr auf die konjunktur- und wachstumspolitischen Erfordernisse umorientiert. Auf der Ausgabenseite sind mit dem mittelfristigen Investitionsprogramm, der Aufstokung der Haushaltsansätze für 1978 sowie den Zuschüssen für heizenergiesparende Investitionen Schritte in die richtige Richtung unternommen worden. Der reale Staatsverbrauch wird 1978 erstmals

seit Jahren wieder so stark steigen wie das gesamtwirtschaftliche Potential, die realen öffentlichen Investitionen werden sich erstmals seit langem erhöhen (5 vH). Im Anstieg der Gesamtausgaben des Staates wird der Kurswechsel der Finanzpolitik allerdings kaum zum Ausdruck kommen, die Transferausgaben werden nämlich nur abgeschwächt steigen, da die Rentenanpassung hinausgeschoben worden ist und weniger Sparprämien gezahlt werden.

Ein weiterer Beitrag zur Belebung wird über den Verzicht auf Steuereinnahmen geleistet. Insgesamt entstehen durch die beiden „Steuerpakete“ — unter Aufrechnung der Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer — Steuermindereinnahmen von 2,5 Mrd. DM im Jahre 1977 und von 6,5 Mrd. DM 1978. Die Steuereinnahmen werden sich deshalb 1978 nur um 4,5 vH erhöhen.

Das Finanzierungsdefizit des Staates wird steigen. Bei den Gebietskörperschaften dürfte es von rund 30 Mrd. DM in diesem Jahr auf rund 40 Mrd. DM im nächsten Jahr zunehmen, bei den Sozialversicherungen mit rund 6 Mrd. DM unverändert bleiben.

#### **Leichte Belebung der Investitionsneigung**

Die steuerlichen Entlastungen kommen zu einem erheblichen Teil Unternehmen zugute; sie verbessern die Investitionsbedingungen. Begünstigt wird die Investitionsneigung auch durch die steuerliche Entlastung der privaten Haushalte, die zu einer Vergrößerung der Absatzchancen beiträgt. Die Ausrüstungsinvestitionen werden darüber hinaus durch unmittelbare, vom Staat kommende Impulse erhöht werden, z. B. durch verstärkte Investitionen der Bundespost. Die niedrigen Zinsen sind ein weiterer Anreiz.

Diesen günstigen Bedingungen stehen jedoch unsichere Erwartungen der Investoren über die Auslandsnachfrage und den Ausgang der nächsten Lohnrunde gegenüber. Erst wenn sich für die Unternehmen abzeichnet, daß die Lohnabschlüsse 1978 eine Verbesserung der Ertragslage zulassen und daß die Stagnation in wichtigen europäischen Partnerländern zu Ende geht, dürfte sich die Investitionstätigkeit beleben. Schon wegen dieser Verzögerung wird der Anstieg der realen Ausrüstungsinvestitionen im Jahresdurchschnitt 1978 nur etwa so hoch sein wie 1977 (3 bis 4 vH).

#### **Konjunkturprogramme fördern Bautätigkeit**

Das mittelfristige Investitionsprogramm wird vor allem die öffentlichen Bauinvestitionen und den Wirtschaftsbau fördern. Negative Einflüsse auf die Bautätigkeit sind aber auch weiterhin von Verzögerungen zu erwarten, die von Umweltschutzaufgaben, Bürgerinitiativen und Gerichtsbeschlüssen ausgehen. Im Verlauf von 1978 dürften die expansiven Faktoren

an Gewicht gewinnen. Die Abschreibungsverbesserungen für den gewerblichen Bau, Zuschüsse für heizenergiesparende Investitionen, die Weiterführung des Regionalprogramms im sozialen Wohnungsbau und Maßnahmen zur Stadtsanierung dürften ebenso wie die dank niedriger Zinsen belebte Nachfrage nach Eigenheimen zu einem nicht unbedeutenden Anstieg der Bauinvestitionen führen. Damit werden — trotz der Anlaufschwierigkeiten — die Bauinvestitionen im Jahr 1978 um etwa 3 1/2 vH steigen.

#### **Privater Verbrauch stützt Produktion**

Der seit Jahresmitte verstärkt steigende private Verbrauch wird zunächst die wichtigste Komponente für die Produktionsbelebung sein: Die Effekte aus dem Freiwerden von vermögenswirksam angelegten Spargeldern sowie die steuerliche Entlastung werden den Verbrauch anregen.

Nach dem Weihnachtsgeschäft, das wohl auch durch vorgezogene Käufe im Hinblick auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer gekennzeichnet sein wird, dürfte es — auch im Zusammenhang mit sich vermutlich länger als üblich hinziehenden Lohnverhandlungen — zu einer Verlangsamung des Konsumanstiegs kommen. Dämpfend wirkt auch der Entzugseffekt der höheren Mehrwertsteuer. Erst im weiteren Jahresverlauf werden Lohnanstieg und steuerliche Entlastung zusammen wieder eine zügigere Ausweitung des privaten Verbrauchs bewirken. Sie wird freilich weniger stark sein als in der zweiten Hälfte dieses Jahres, da 1978 weniger prämienebegünstigte Spargelder frei werden und die Rentenerhöhung auf Januar 1979 verschoben worden ist. Insgesamt wird der private Verbrauch preisbereinigt im Jahr 1978 um etwa 2 1/2 vH steigen, nach reichlich 3 vH in diesem Jahr.

#### **Relativ geringer Anstieg des Sozialprodukts**

Nach der Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den Sommermonaten deutet sich für den Herbst eine hauptsächlich vom privaten Verbrauch getragene Belebung an. Da Export und Investitionen zunächst kaum anziehen, dürfte der Anstieg aber gering ausfallen; die Kapazitätsauslastung wird sich nicht erhöhen. Im Verlauf von 1978 wird die staatliche Aktivität und eine leichte Erholung im Exportgeschäft die Abschwächung des Anstiegs beim privaten Verbrauch eher überkompensieren, so daß eine — wenn auch bescheidene — Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Expansion möglich erscheint. Im Jahresdurchschnitt 1978 dürfte der Anstieg des realen Sozialprodukts freilich mit einer Größenordnung von 3 vH ebenso schwach sein wie 1977. Damit wird eine weiterhin nur mäßige Zunahme der Einfuhr verbunden sein.

### **Keine Besserung der Arbeitsmarktlage zu erwarten**

Der nur geringe Sozialproduktsanstieg wird wahrscheinlich ohne zusätzliche Beschäftigung erreicht werden; eine weitere Einschränkung der Arbeitszeit und der Zahl der Beschäftigten ist möglich. Besonders in der Industrie und im Bauhauptgewerbe dürfte die Zahl der Beschäftigten noch zurückgehen. Teile des privaten Dienstleistungssektors, aber auch die Gebietskörperschaften werden dagegen zusätzliche Kräfte einstellen.

Zugleich wird das Arbeitskräfteangebot aus demographischen Gründen zunehmen. Dem steht zwar gegenüber, daß weiterhin ausländische Arbeitnehmer zurückwandern und sich die „stille Reserve“ weiter vergrößert. Dennoch wird die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1978 wohl höher sein als 1977.

### **Geringe Fortschritte bei der Preisstabilisierung**

Die starke Unterauslastung der Kapazitäten, eine weiterhin auf Stabilisierung ausgerichtete Geldpolitik sowie Einflüsse von den Weltmarktpreisen werden die inländischen Preiserhöhungen nach wie vor eng begrenzen. Auf der anderen Seite schränken die nur wenig vermindert steigenden Lohnstückkosten und die Erhöhung der Mehrwertsteuer die Möglichkeiten zu einer Abschwächung des Preisanstiegs ein, gibt es doch insgesamt kaum noch Spielraum für eine Einengung der Gewinnmargen. Die Verbraucherpreise dürften 1978 mit knapp 4 vH ebenso stark steigen wie 1977; ohne die Erhöhung der Mehrwertsteuer ergäbe sich eine leichte Abschwächung der Anstiegsrate auf etwa 3 1/2 vH.

### **Wirtschaftspolitische Überlegungen**

Der Kurswechsel der Finanzpolitik von einer restriktiven zu einer expansiven Linie macht es wahrscheinlich, daß der im Laufe dieses Jahres ins Stocken geratene Erholungsprozeß wieder in Gang kommt. Er bietet indes noch keine Gewähr für ein befriedigendes Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr; offen bleibt überdies, ob der Erholungsprozeß in einen sich selbst tragenden Aufschwung mündet, der zu einer Verminderung der Arbeitslosigkeit führt.

Die Wirtschaftspolitik kann einen solchen Aufschwung zwar nicht allein herbeiführen — sie bedarf der Unterstützung vor allem durch die Tarifparteien und einer Erholung der Weltwirtschaft —, sie hat jedoch ihre Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft. Ohne daß die Finanzpolitik das Ziel der mittelfristigen Konsolidierung aus den Augen verlieren müßte, könnte sie ihre Maßnahmen verstärken. Soweit dies in Form von weiteren Steuerentlastungen geschieht, sollte dabei die ohnehin geplante Milderung der Steuerprogression im mittleren Einkommensbereich

stärker berücksichtigt werden. Soweit die Staatsausgaben zusätzlich erhöht werden, ist insbesondere an Investitionen zu denken; außerdem sollte nicht länger gezögert werden, vom Bedarf her dringend erforderliche Einstellungen vorzunehmen. Dies gilt nicht nur für Bund und Länder, sondern auch für die Gemeinden.

Die Möglichkeiten, die staatlichen Investitionen auszuweiten, sind freilich zumindest auf kürzere Sicht nicht nur durch das Fehlen ausgereifter Projekte begrenzt, sondern auch dadurch, daß Genehmigungsverfahren komplizierter geworden sind. Davon abgesehen sind die Grenzen für eine wirksame expansive Finanzpolitik enger gesteckt als früher. Das Vertrauen, daß eine solche Politik überhaupt in der Lage ist, einen sich selbst tragenden Aufschwung auszulösen, hat offenbar abgenommen. So können die Anstoßwirkungen forcierter staatlicher Expansionspolitik durch die Erwartung beeinträchtigt werden, der Staat werde einen solchen Kurs wegen der hohen Defizite nicht durchhalten können und am Ende die Steuern wieder erhöhen.

Um solchen Reaktionen vorzubeugen, muß der Staat das Vertrauen in die weitere Entwicklung dadurch fördern, daß er seine Politik potentialorientiert gestaltet. Dabei muß klargestellt werden, daß die finanzpolitischen Schritte nicht nur den konjunktur- und wachstumspolitischen Erfordernissen entsprechen, sondern auch dem Ziel der Haushaltskonsolidierung auf mittlere Frist nicht entgegenstehen. Er gibt damit mehr Sicherheit für die Entscheidungen von Konsumenten und Investoren. Das mittelfristige Investitionsprogramm und die beschlossenen Steuererleichterungen entsprechen diesem Erfordernis.

Die Bundesbank sollte auch für das Jahr 1978 ein Ziel für die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge bekanntgeben. Im Rahmen einer mittelfristig ausgerichteten Geldmengenpolitik müßte die Zuwachsrate für das Jahr 1978 niedriger ausfallen als für das laufende Jahr, damit die Erwartungen auf weitere Fortschritte bei der Stabilisierung des Preisniveaus gelenkt werden. Bei marktgerechtem Verhalten der Tarifparteien bliebe dann ein ausreichender monetärer Spielraum für angemessenes Wachstum.

Die Bundesbank sollte auch möglichst verhindern, daß die Expansion des Geldvolumens  $M_1$  von der Expansionsrate der Zentralbankgeldmenge abweicht, vermiede sie doch damit geldpolitische Effekte, die zu unerwünschten Reaktionen der Inlandsnachfrage führen. Eine stetigere Geldmengenentwicklung könnte dadurch erreicht werden, daß sich die Notenbank weit mehr als bisher solcher Instrumente bedient, die flexibel sind, unmittelbar in den Bereich der Nichtbanken hineinwirken und von denen keine Ankündigungseffekte ausgehen, die die Erwartungen

der Wirtschaft in unerwünschte Richtungen lenken. Deshalb ist eine weitgefächerte, kürzer- und längerfristige Titel umfassende Offenmarktpolitik mit Kreditinstituten und mit Nichtbanken der schwerfälligen Mindestreservpolitik vorzuziehen.

Im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Zinssenkungen sollte die Bundesbank nicht zögern, den Diskontsatz zu senken, damit auch diejenigen Zinsen, die sich nach dem Diskontsatz richten, der allgemeinen Tendenz rascher folgen. Ein solches Zinssignal wäre zudem geeignet, einen möglicherweise noch vorhandenen Attentismus potentieller Schuldner zu verringern.

Klarheit über den Kurs der Wirtschaftspolitik ist nicht nur in der Finanz- und Geldpolitik erforderlich, sondern ganz allgemein. Dies gilt insbesondere für die Ordnungspolitik. Das zunehmende Infragestellen der marktwirtschaftlichen Ordnung und damit der Dispositionsfreiheit der Unternehmen dürfte für die schwache Investitionsneigung der Wirtschaft eine bedeutsame Rolle spielen. Zwar sind mit dem marktwirtschaftlichen Prinzip viele Ausnahmen und umfangreiche wirtschaftspolitische Interventionen vereinbar. Die sich häufenden Angriffe auf das Prinzip schlechthin begründen für Investoren aber offenbar ein zusätzliches Risiko.

Unklar ist der Kurs der Wirtschaftspolitik gegenwärtig im Bereich der Energiepolitik. Hier geht es darum, der Wirtschaft durch eine klare energiepolitische Linie verlässliche Grundlagen für ihre eigenen Investitionsentscheidungen zu geben. Das Ausmaß der tatsächlich betroffenen Investitionen wird durch die Angaben über das Auftragsvolumen gestoppter Kraftwerke bei weitem nicht vollständig gekennzeichnet.

Wenn die Wirtschaftspolitik eindeutige Rahmenbedingungen für die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung setzt, ist auch eher zu erwarten, daß die Tarifparteien mit ihren Entscheidungen zu mehr Wachstum und Beschäftigung beitragen. Zur Verbesserung des Investitionsklimas ist — neben anderen Faktoren — nach wie vor eine Korrektur der Einkommensverteilung zugunsten der Gewinne erforderlich. Diese war zwar 1976 in Gang gekommen, wurde 1977 aber zum Teil wieder rückgängig gemacht, weil die Wirtschaftsentwicklung sehr viel ungünstiger verlief, als bei den Lohnvereinbarungen angenommen worden war. Die Ansicht, Lohnzurückhaltung könne nicht zu einer Verbesserung der Investitionsneigung beitragen, läßt sich mit der Erfahrung aus den Jahren 1976 und 1977 nicht begründen. Die seit der Rezession erreichte Erholung der Gewinnmargen war zu gering, um angesichts des in den vergangenen Jahren gestiegenen Investitionsrisikos die Investitionsbereitschaft im erforderlichen Maße zu stärken.

Die in die Prognose eingestellten Lohnerhöhungen sind eine Wahrscheinlichkeitsaussage und keine Empfehlung. Sie liegen um etwa einen Prozentpunkt niedriger als die vom Beginn dieses Jahres und lassen im Rahmen der Gesamtprognose eine leichte Verbesserung der Gewinnmargen zu. Unter dem Gesichtspunkt der als notwendig erachteten Ertragsverbesserung müssen sie als die Obergrenze des mit dem Ziel einer Investitionsbelebung Vereinbaren gelten. Wenn demgegenüber häufig für hohe Lohnabschlüsse plädiert wird, um über eine Stärkung der Massenkaufkraft eine bessere Ausnutzung der Anlagen und damit Investitionsanreize zu schaffen, so wird bei gegebener Geldpolitik die Kosten- und Ertragswirkung und die daraus resultierende Beschäftigungswirkung der Lohnerhöhung vernachlässigt. Sicherlich ist die Bestimmung der „optimalen“ Lohnerhöhung, die sowohl dem Kosten- als auch dem Nachfragegesichtspunkt bestmöglich Rechnung trägt, schwierig. Sie hängt nicht nur ab von der Treffsicherheit der gesamtwirtschaftlichen Prognose, sondern auch von der richtigen Einschätzung der Reaktionen von Investoren und Konsumenten. Bei Berücksichtigung der in der Ausgangslage vielfach unbefriedigenden Gewinnsituation ist die Gefahr zu hoher Lohnerhöhungen größer als die zu niedriger.

\* \* \*

Das *Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen*, sieht die Ursachen der wirtschaftlichen Schwäche hauptsächlich in der Überforderung der Unternehmen durch steigende Lohnkosten, die die Risiken von arbeitsplatzschaffenden Investitionen im Vergleich zu den Ertragsaussichten so stark erhöhten, daß sich solche Investitionen immer weniger lohnen.

Angesichts der Gefahr weiter zunehmender Arbeitslosigkeit sollten die Lohnerhöhungen im nächsten Jahr weitaus niedriger sein als im Jahr 1977. Je weiter sie darunter blieben, desto größer wäre die Aussicht, daß

- sich bei den Unternehmen die Ertragserwartungen verbessern und der Zwang zur Rationalisierung nicht verstärkt,
- bei den öffentlichen Haushalten der Spielraum für Neueinstellungen und Investitionen erweitert wird,
- die Inflationsraten sinken und
- alle nachfragefördernden Maßnahmen mehr als sonst Wachstum und Beschäftigung erhöhen.

Bei überzogenen Lohnerhöhungen helfen finanzpolitische Expansionsprogramme nicht weiter, zumal mit ihnen die Ertragserwartungen der Unternehmen nicht nachhaltig gesteigert, sondern eher Befürchtungen nachfolgender Steuererhöhungen ausgelöst werden.

**Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**  
Vorausschätzung für die Jahre 1977 und 1978

	1976 <sup>1)</sup>	1977 <sup>2)</sup>	1978 <sup>2)</sup>	1977		1978	
	Jahre			1.Hj.1)	2.Hj.2)	1.Hj.2)	2.Hj.2)

1. Entstehung des Sozialprodukts, real  
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	-0,9	-0,5	-0,5	-0,2	-0,5	-0,5	-0,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	0,3	-0	-0	0,0	-0,5	-0,5	0
Arbeitstage 3)	0,7	-0,5	-0	-0,3	-0,5	0,5	-0,5
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,1	-1	-1	-0,5	-1	-1	-1
Produktivität 4)	5,5	4	3,5	3,7	4	3,5	4
Bruttoinlandsprodukt	5,6	3	3	3,2	2,5	2,5	3

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen  
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	621,9	667,5	712,5	315,9	351,5	339,5	373
Staatsverbrauch	228,6	243	261	110,8	132	119	142
Anlageinvestitionen	232,9	248,5	266,5	115,7	132,5	121,5	145
Ausrüstungen	91,4	97,5	104	46,4	51	48,5	55,5
Bauten	141,5	150,5	162	69,3	81,5	73	89
Vorratsveränderung	13,4	13,5	14	9,6	3,5	11	3
Außenbeitrag	28,1	28,5	29	13,5	15	14	15
Ausfuhr	310,4	329	355	159,2	170	171	183,5
Einfuhr	282,3	300,5	326	145,7	155	157	168,5
Bruttosozialprodukt	1124,9	1200,5	1283	565,6	634,5	604,5	678

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	8,2	7,5	7	6,5	8	7,5	6
Staatsverbrauch	5,8	6	7,5	4,7	7,5	7,5	7,5
Anlageinvestitionen	8,5	6,5	7,5	8,6	5	5	9,5
Ausrüstungen	11,1	7	6,5	8,3	5,5	4,5	8,5
Bauten	7,0	6,5	7,5	8,8	4,5	5	10
Ausfuhr	14,1	6	8	7,0	5	7,5	8
Einfuhr	16,3	6,5	8,5	8,5	4,5	8	9
Bruttosozialprodukt	9,1	6,5	7	6,5	7	7	7

in Preisen von 1970  
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	439,4	453,5	466	217,0	236,5	224,5	241,5
Staatsverbrauch	141,6	143,5	147,5	68,7	75	70,5	77
Anlageinvestitionen	173,7	178,5	184,5	84,1	94,5	85	99,5
Ausrüstungen	69,8	72	74,5	34,4	37,5	35	39,5
Bauten	103,9	106,5	110	49,6	57	50	60
Vorratsveränderung	9,4	9	9,5	6,7	2,5	7,5	2
Außenbeitrag	25,0	26	26,5	13,1	13	12,5	14
Ausfuhr	222,1	231,5	244	112,4	119	118	125,5
Einfuhr	197,1	205	217,5	99,3	106	106	111,5
Bruttosozialprodukt	789,1	811	834	389,5	421,5	399,5	434

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	3,6	3	2,5	2,5	4	3,5	2
Staatsverbrauch	2,4	1,5	2,5	0,0	2,5	3	2,5
Anlageinvestitionen	5,0	3	3,5	4,6	1,5	1	5
Ausrüstungen	7,2	3,5	3,5	4,3	2,5	1,5	5
Bauten	3,7	2,5	3,5	4,8	0,5	1	5,5
Ausfuhr	11,1	4	5,5	4,9	3,5	5	5,5
Einfuhr	10,6	4	6	4,7	3,5	6,5	5,5
Bruttosozialprodukt	5,7	3	3	3,0	2,5	2,5	3

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1976 <sup>1)</sup>	1977 <sup>2)</sup>	1978 <sup>2)</sup>	1977		1978	
	Jahre			1.Hj.1)	2.Hj.2)	1.Hj.2)	2.Hj.2)

3. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1970 = 100)  
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	4,4	4	4	3,9	4	4	4
Staatsverbrauch	3,3	5	4,5	4,6	5	4,5	5
Anlageinvestitionen	3,3	3,5	4	3,8	3,5	4	4
Ausrüstungen	3,6	3,5	3	3,8	3	3	3,5
Bauten	3,2	4	4,5	3,9	4	4,5	4,5
Ausfuhr	2,7	1,5	2,5	2,0	1,5	2	2,5
Einfuhr	5,2	2	2,5	3,6	1	1	3,5
Bruttosozialprodukt	3,2	4	4	3,4	4	4	4

4. Einkommensentstehung und -verteilung  
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	625,1	669,5	710	320,3	349	340	370
Bruttolohn- und -gehaltsumme	510,6	547	579,5	261,4	285,5	277	302
Nettolohn- und -gehaltsumme	359,8	381,5	402,5	186,0	195,5	196,5	206
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	252,3	264,5	285	116,6	148	126	159
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 5)	198,5	200,5	226	85,1	115,5	97	129
dar.: Entnahmen und Vermögenseinkommen 6)	185,4	195	214,5	83,1	112	91,5	123
Nichtentnommene Gewinne	13,2	5,5	12	2,0	3,5	5,5	6
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	877,3	934	995	436,9	497	466	529,5
Abschreibungen	125,7	135	146	66,4	69	71,5	74,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	121,9	131	142	62,4	69	67,5	74,5
Bruttosozialprodukt	1124,9	1200,5	1283	565,6	634,5	604,5	678

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	7,1	7	6	7,5	6,5	6	6
Bruttolohn- und -gehaltsumme	6,5	7	6	7,6	6,5	6	6
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,8	6	5,5	5,9	6	5,5	5
nachrichtlich:							
Bruttolohn- u. -gehaltsumme je Beschäftigten	7,0	7	6	7,3	6,5	6,5	6
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	4,3	6	5,5	5,6	6	6	5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	15,4	5	7,5	2,7	6,5	8	7,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 5)	13,7	1	13	-4,3	5,5	14	12
dar.: Entnahmen und Vermögenseinkommen 6)	9,4	5	10	3,3	6,5	10	10
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	9,3	6,5	6,5	6,2	6,5	6,5	6,5
Abschreibungen	7,4	7,5	8	7,6	7,5	7,5	8,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	9,2	7,5	8	7,5	7,5	8	8
Bruttosozialprodukt	9,1	6,5	7	6,5	7	7	7

5. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte  
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	359,8	381,5	402,5	186,0	195,5	196,5	206
Empfangene laufende Übertragungen	195,6	212	226,5	103,1	108,5	113	113,5
Entnahmen und Vermögenseinkommen	200,9	215,5	237	93,3	122,5	102,5	134,5
Abzüge: Zinsen auf Konsumentenschulden	8,0	9	10	4,3	4,5	5	5
Geleistete laufende Übertragungen 7)	22,9	24	25	10,8	13	11,5	13,5
Verfügbares Einkommen	725,5	776	831	367,3	409	396	435,5
Privater Verbrauch	621,9	667,5	712,5	315,9	351,5	339,5	373
Laufende Ersparnis	103,6	108,5	118,5	51,3	57	56,5	62
Laufende Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	14,3	14	14,5	14,0	14	14	14,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	3,8	6	5,5	5,9	6	5,5	5
Empfangene laufende Übertragungen	7,0	8,5	7	7,9	8,5	9,5	4,5
Entnahmen und Vermögenseinkommen	10,9	7,5	10	6,6	8	10	10
Verfügbares Einkommen	6,4	7	7	6,6	7,5	8	6,5
Privater Verbrauch	8,2	7,5	7	6,5	8	7,5	6
Laufende Ersparnis	-3,5	5	9	7,1	3	9,5	8,5

**noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

	1976 <sup>1)</sup>	1977 <sup>2)</sup>	1978 <sup>2)</sup>	1977		1978	
	Jahre			1.Hj. <sup>1)</sup>	2.Hj. <sup>2)</sup>	1.Hj. <sup>2)</sup>	2.Hj. <sup>2)</sup>

6. Einnahmen und Ausgaben des Staates<sup>8)</sup>  
a) in Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern 9)	282,0	312	326	146,4	165,5	152	174
Sozialbeiträge	172,6	185	197,5	88,5	96,5	94,5	103
Erwerbseinkünfte	9,9	9,5	11	4,8	4,5	5,5	5,5
Sonstige laufende Übertragungen	9,7	12	13,5	6,2	6	7	6,5
Empfangene Vermögensübertragungen	7,3	5,5	5,5	2,8	3	2,5	3
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>481,5</b>	<b>524</b>	<b>553</b>	<b>248,7</b>	<b>275,5</b>	<b>261,5</b>	<b>291,5</b>
Ausgaben							
Staatsverbrauch	228,6	243	261	110,8	132	119	142
Zinsen	17,5	21	24	10,7	10,5	12	12
Laufende Übertragungen an	214,9	233,5	251	113,9	119,5	125	126
Private Haushalte	181,2	196	209,5	95,5	100,5	104,5	105
Unternehmen	18,8	20	22	10,1	10	11	11
Ausland	14,9	17	19	8,4	8,5	9,5	9,5
Geleistete Vermögensübertragungen 10)	28,5	30	27	14,0	16	12	15
Nettoinvestitionen	33,8	34	37,5	14,7	19,5	16	21,5
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>523,3</b>	<b>561</b>	<b>600</b>	<b>264,3</b>	<b>297</b>	<b>283,5</b>	<b>316,5</b>
Finanzierungssaldo 11)	-41,8	-37	-46,5	-15,5	-21,5	-21,5	-25

b) Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern 9)	12,6	10,5	4,5	13,6	8	4	5
Sozialbeiträge	12,1	7	7	7,7	6,5	7	7
Erwerbseinkünfte	3,7	-4,5	16	-6,4	-2	14	17,5
Sonstige laufende Übertragungen	19,4	25	10	33,8	17	9,5	10,5
Empfangene Vermögensübertragungen	31,7	-22,5	-2,5	-21,2	-24	-5	-0,5
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>12,6</b>	<b>9</b>	<b>5,5</b>	<b>10,8</b>	<b>7</b>	<b>5</b>	<b>6</b>
Ausgaben							
Staatsverbrauch	5,8	6	7,5	4,7	7,5	7,5	7,5
Zinsen	24,1	19,5	13,5	27,4	12,5	10	17
Laufende Übertragungen an	7,6	8,5	7,5	8,3	9	9,5	5,5
Private Haushalte	7,2	8,5	7	7,7	9	9,5	4,5
Unternehmen	9,5	6,5	10	9,7	4	10	10
Ausland	9,9	14	12	13,7	14,5	12	11,5
Geleistete Vermögensübertragungen 10)	24,5	5,5	-10	5,5	5	-15,5	-5
Nettoinvestitionen	-4,0	1	9,5	1,2	1	7,5	11
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>7,2</b>	<b>7,5</b>	<b>7</b>	<b>6,8</b>	<b>7,5</b>	<b>7</b>	<b>6,5</b>

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik Heft 9/1977 S. 559 ff) und eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität.-Angaben in Mrd. DM ohne Rücksicht auf die jeweils gebildeten Gesamtsummen gerundet. 2) Vorausschätzungen der beteiligten Institute - Angaben gerundet. 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. 4) Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. 5) Ausschließlich Investitionszulage nach dem 3. Konjunkturprogramm vom Dezember 1974. 6) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. 7) Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. 8) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung. 9) Einschließlich der für 1977 und 1978 geplanten steuerlichen Maßnahmen vom 15. Sept. 1977. 10) Einschließlich Investitionszulage nach dem 3. Konjunkturprogramm vom Dezember 1974. 11) Summe aller Einnahmen ohne Bruttokreditaufnahme, Darlehensrückflüsse und Entnahmen aus Rücklagen abzüglich Summe aller Ausgaben ohne Tilgung von Krediten, Gewährung von Darlehen und Zuführung zu Rücklagen.



## Aus den Veröffentlichungen des DIW

### Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4. Seit 1976 sind erschienen:

- Heft 40 **Berufswunsch und Berufswahl.** Analyse einiger Determinanten und Interdependenzen. Von K.-P. Gaulke. 118 S. 1976. DM 44,60.
- Heft 41 **Anlageinvestitionen und Anlagevermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland.** Von B. Görzig und W. Kirner. 106 S. 1976. DM 36,80.
- Heft 42 **Sensitivitätsanalysen im statischen offenen Leontief-Modell.** Von J. Schintke. 180 S. 1976. DM 56,—.
- Heft 43/I **Zielsetzung, Methodik und zusammengefaßte Ergebnisse der Prognose für den Güter- und Personenverkehr bis zum Jahre 1990.** Von Günther John. 84 S. 1977. DM 36,60.
- Heft 43/II **Analyse und Prognose des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von Rainer Hopf, Günther John, Heilwig Rieke unter Mitarbeit von Joachim Niklas. 243 S. 1977. DM 118,—.
- Heft 43/III **Die Personenverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990** — Untersuchung der regionalen Struktur des Aufkommens und der Verflechtung im Personenverkehr nach Fahrtzwecken und Verkehrsarten und ihrer Beziehung zu raumordnungspolitischen Zielsetzungen. Von Ulrich Voigt. 262 S. 1977. DM 124,—.
- Heft 43/IV **Analyse und Prognose des Güterverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von H.-J. Frank. 155 S. 1976. DM 76,—.
- Heft 43/V **Die Güterverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Von P. Lünsdorf. 281 S. 1976. DM 126,—.
- Heft 43/VI **Die Verkehrsströme in der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Kennziffern großräumiger Verkehrsströme als Entscheidungsgrundlage für eine integrierte Verkehrswegeplanung. Von Joachim Niklas. 190 S. 1976. DM 84,—.
- Heft 44 **Bedingungen für Angebot und Nachfrage nach Kokskohle in der Welt bis 1985.** Von M. Rumberger und E. Wettig. 107 S. 1976. DM 64,—.
- Heft 45 **Multiplikatorwirkungen des Konjunkturprogramms von 1975** — Anwendung des um den Keynes'schen Multiplikator erweiterten Input-Output-Modells. Von R. Stäglin unter Mitarbeit von R. Pischner, B. Weiser und H. Wessels. 55 S. 1976. DM 36,60.
- Heft 46 **Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung.** Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkungen von Ausgabenkürzungen. Von Jochen Schmidt. 113 S. 1977. DM 46,60.
- Heft 47 **Entwicklungshilfe und internationale Arbeitsteilung** — Ableitung sektoraler Schwerpunkte mit Hilfe der linearen Programmierung am Beispiel der Republik Korea. Von Dieter Schumacher unter Mitarbeit von Helmut Stütz. 96 S. 1977. DM 39,80.

— Hierzu ein Prospekt des Verlages W. Kohlhammer —

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henker.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.